

## SPANISCHE RECHTSPRECHUNG ZUM GEMEINSCHAFTSPRIVATRECHT<sup>\*</sup>

**Dr. Fernando Gascón Inchausti**

**Profesor Titular, Universidad Complutense de Madrid**

### **1) Tribunal Constitucional (Pleno), Gutachten 1/2004, vom 13. Dezember 2004**

Im Rahmen des politisch-parlamentarischen Verfahrens zur Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa hatte die spanische Regierung entschieden, nach Art. 95 Abs. 2 der spanischen Verfassung ein Gutachten des Verfassungsgerichts (*Tribunal Constitucional* = TC) über die Vereinbarkeit einiger Vorschriften des europäischen Textes mit der spanischen Verfassung zu beantragen.

Es handelt sich dabei um ein besonderes Verfahren, welches bislang nur ein einziges Mal zur Anwendung kam, vor der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages im Jahre 1992.

Das Verfassungsgericht erkläre mehrheitlich sowohl Art. I-6 als auch Art. II-112 und II-112 des Verfassungsvertrages für mit der spanischen Verfassung und der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts vereinbar. Deswegen sei es nicht nötig, vor Ratifizierung der Verfassung für Europa die spanische Verfassung zu reformieren. Nach der Annahme der europäischen Verfassung durch Volksentscheid am 20. Februar 2005 hat die Ratifizierung durch Gesetz 1/2005, vom 20. Mai, stattgefunden.

### **2) Tribunal Supremo (Sala de lo Civil), Beschluss vom 15. Juli 2003**

Seit dem Utrecht-Vertrag vom 13. Juli 1713 hält Großbritannien im südlichsten Punkt der iberischen Halbinsel die Kolonie Gibraltar. Die spanischen Behörden haben die Fortsetzung dieser Lage nie anerkannt. So hat das spanische *Tribunal Supremo* (TS, entspricht dem BGH) stets die Anträge auf Anerkennung oder Vollstreckbarerklärung der von den Gerichten in Gibraltar gesprochenen Urteile zurückgewiesen. Deswegen hat die spanische Regierung auch ein Veto gegen die britische Erklärung vom 30. Juli 1998 eingelegt, durch das die einseitige Erstreckung des EuGVÜ auf Gibraltar angeordnet wurde.

Der wichtigste Grund für die Exequaturverweigerung hinsichtlich aller Urteile aus Gibraltar war das Fehlen einer wesentlichen Voraussetzung: Es muss sich wirklich um ein ausländisches Urteil handeln, aber nach den internationalen Vorschriften und Verträgen erkennt Spanien den Gibraltar-Behörden kein

---

<sup>\*</sup> *GPR-Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht-European Community Private Law Review-Revue de droit privé communautaire*, 2005, n° 3, págs. 117-118.

ausreichendes Hoheitsrecht über die Kolonie zu, um gültige Gerichtsbarkeit ausüben zu können (detailliertere Erläuterungen sind im TS-Beschluß vom 20. Februar 2001 zu lesen).<sup>1</sup>

Verschiedene Verhandlungen haben glücklicherweise zu einem spanisch-britischen Abkommen geführt, betreffend die Stellung der Behörden von Gibraltar im Rahmen der EU-Instrumentarien; vergleichbar dem ehemaligen EuGVÜ (das Abkommen wurde am 19. April 2000 veröffentlicht und ist im Dokument 7998/2000 des Rats der europäischen Union eingeschlossen). Ab diesem Zeitpunkt behandelt Spanien Gibraltar im Rahmen der internationalen Rechtshilfe als ein Territorium, dessen internationale Vertretung vor den anderen EU-Mitgliedstaaten von Großbritannien übernommen worden ist.

Es gibt deswegen kein Hindernis mehr für die Anerkennung und Vollstreckbarkeitserklärung in Spanien von Urteilen aus Gibraltar, nicht nur gemäß den EU-Verordnungen (EuGVVO und EU-Ehe-VO), sondern auch nach den spanischen innerstaatlichen Vorschriften (für die Bereiche, in denen die EU-Verordnungen nicht anwendbar sind). Die von den Gerichten in Gibraltar erlassenen Urteile werden wie aus Großbritannien stammende Urteile behandelt. Das spanische TS akzeptiert in seinem Beschluß vom 15. Juli 2003 die neue Rechtslage; dieser Beschluß ist die erste Entscheidung, in der ausdrücklich ein Urteil aus Gibraltar von einem spanischen Gericht anerkannt und für vollstreckbar erklärt worden ist (es handelte sich um ein Ehescheidungsurteil von dem *Supreme Court of Gibraltar*).

### **3) Tribunal Constitucional (Sala Primera), Urteil vom 9. Februar 2004**

In einem ziemlich komplizierten Verfahren über eine berühmte Marke hat das spanische TS sein Revisionsurteil, in dem es den Verfall der Marke verneint hat, teilweise auf Art. 12 Abs. 1 der Richtlinie 89/104/CEE gestützt, der nach dem TS die Berechnung der Frist des Markenverfalles – nach dem spanischen Markengesetz von 1988 – flexibilisieren soll. Die Richtlinie war aber noch nicht in das spanische Recht umgesetzt worden, als das Urteil ergangen ist. Die betroffene Partei hat deswegen eine Verfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgericht (TC) eingelegt: Das Urteil verstoße u.a. gegen das Grundrecht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz (Art. 24 span. Verfassung), indem es das geltende System der Rechtsquellen verletze.

Das TC lehnt aber (im 10. Entscheidungsgrund seines Urteils) die Auffassung ab, daß der behauptete Fehler verfassungserheblich und ausreichend dafür sei, der Verfassungsbeschwerde stattzugeben: Dazu ist vielmehr nötig, daß die falsche Bestimmung der anwendbaren Vorschrift willkürlich, offensichtlich unvernünftig

---

<sup>1</sup> Urteile und Beschlüsse des spanischen TS sind im Internet verfügbar auf der Seite <http://www.poderjudicial.es/eversuite/GetRecords?Template=cgpj/ts/principal.htm>

oder irrig ist (siehe auch das Urteil des TC 41/2002, vom 25 Februar)<sup>2</sup>. Auf diese indirekte Weise wird es den spanischen Gerichten erlaubt, spanische Privatrechtsnormen am Maßstab der einschlägigen europäischen Richtlinien anzuwenden, auszulegen und vielleicht auch zu korrigieren, trotz ihrer fehlenden Umsetzung.

---

<sup>2</sup> Urteile und Beschlüsse des spanischen TC finden sich auf der Seite [www.tribunalconstitucional.es/JChtm](http://www.tribunalconstitucional.es/JChtm)